



Anlage 4 – Eigenerklärungen zur Eignung

Verkehrsanlagenplanung (Leistungsphasen 1-9) gemäß § 47
HOAI

inkl. freiraumplanerischer Zuarbeit (Leistungsphasen 2 und 3)

Öffentliche Ausschreibung gemäß § 9 UVgO

Inhalt

Ausfüllhinweise	3
1. Allgemeine Angaben zum Bewerber	4
1.1 Angaben im Falle einer Bietergemeinschaft.....	5
1.2 Angaben im Falle von Nachunternehmerleistungen/einer Eignungsleihe	6
1.3 Verpflichtungserklärung zur Eignungsleihe	7
2. Nichtvorliegen von Ausschlussgründen / Befähigung zur Berufsausübung	8
2.1 Nachweis der Mitgliedschaft in der Architekten- und Ingenieurkammer	8
2.2 Nachweis der Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister	8
2.3 Erklärung zum Nichtvorliegen von zwingenden Ausschlussgründen gem. § 123 GWB	9
2.4 Erklärung zum Nichtvorliegen von fakultativen Ausschlussgründen gem. § 124 GWB.....	11
3. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit	13
3.1 Nachweis des geforderten Berufshaftpflichtversicherungsschutzes.....	13
3.2 Unternehmensreferenzen über vergleichbare Leistungen	14
4. Erklärung des Bieters	17

Ausfüllhinweise

Für die Teilnahme am Vergabeverfahren sind die nachfolgenden Vordrucke zu verwenden, vollständig auszufüllen und fristgemäß über die Vergabeplattform (DTVP) elektronisch einzureichen.

Sollten die geforderten Unterlagen und Nachweise unvollständig oder unzureichend sein, droht der Ausschluss aus dem Verfahren. Der Bewerber kann nicht darauf vertrauen, dass die Auftraggeberin Gelegenheit zur Ergänzung oder Vervollständigung gibt; das Recht hierzu behält sich die Auftraggeberin jedoch ausdrücklich vor. Aus Verfahrensgründen ist die Auftraggeberin gezwungen, dem Bewerber kurze Fristen (i. d. R. wenige Tage) für die Erfüllung eventueller Nachforderungen zu setzen.

Im Falle der Bietergemeinschaft sind die Angaben und Nachweise zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen/Befähigung zur Berufsausübung (Ziff. 2 dieses Formulars) von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft gesondert vorzulegen. Hierzu sind die Vorlagen aus diesem Antrag in erforderlicher Anzahl zu vervielfältigen. Die Bietererklärung (Ziff. 4 dieses Formulars) ist von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft zu unterzeichnen. Darüber hinaus ist ein bevollmächtigter Vertreter für die Bietergemeinschaft zu benennen und es sind Angaben zur vorgesehenen Arbeitsteilung zu machen (Ziff. 1.1 dieses Formulars).

Im Falle der Eignungsleihe sind die Angaben und Nichtvorliegen von Ausschlussgründen/Befähigung zur Berufsausübung (Ziff. 2 dieses Formulars), ebenfalls vom Eignungsleihgeber gesondert vorzulegen, sofern sie Gegenstand der geliehenen Leistungen oder Kapazitäten sind. Hierzu sind die Vorlagen aus diesem Antrag in erforderlicher Anzahl zu vervielfältigen. Des Weiteren sind Angaben zur vorgesehenen Arbeitsteilung zwischen Auftragnehmer und Eignungsleihe-Geber zu machen (Ziff. 1.2 dieses Formulars). Zusätzlich ist die Verpflichtungserklärung zur Eignungsleihe zu unterzeichnen (Ziff. 1.3 dieses Formulars) durch den Eignungsleihe-Geber zu unterzeichnen, mit der versichert wird, im Falle der Beauftragung, die geliehenen Leistungen und Kapazitäten tatsächlich zur Verfügung zu stellen.

Im Falle des Nachunternehmereinsatzes sind lediglich die Angaben zur vorgesehenen Arbeitsteilung zwischen Auftragnehmer und Nachunternehmer zu machen (Ziff. 1.2 dieses Formulars). Eine Überprüfung der Eignung des Nachunternehmers findet erst vor Zuschlagserteilung statt.

1. Allgemeine Angaben zum Bewerber

Ich/wir bewerbe(n) mich/uns als

- ☐ Einzelbewerber
- ☐ Bietergemeinschaft

Name des Bieters/der Bietergemeinschaft

Anschrift des Bieters/des für die Bietergemeinschaft bevollmächtigten Unternehmens

Ansprechpartner des Bewerbers/des bevollmächtigten Unternehmens der Bietergemeinschaft:

Name _____

Telefon _____

E-Mail _____

1.1 Angaben im Falle einer Bietergemeinschaft

Die nachfolgenden Unternehmen haben sich zu einer Bietergemeinschaft zum Zwecke der gemeinsamen Bewerbung um den Auftrag zusammengeschlossen.

Unternehmen 1 _____

Unternehmen 2 _____

Unternehmen 3 _____

Die Bietergemeinschaft benennt als bevollmächtigen Vertreter für das Vergabeverfahren und den Vertragsschluss das folgende Unternehmen:

Die Bietergemeinschaft sieht im Falle der Beauftragung folgende Arbeitsteilung vor (kurze Erläuterung der fachlichen Aufgabenteilung und personellen Zuständigkeiten):

1.2 Angaben im Falle von Nachunternehmerleistungen/einer Eignungsleihe

Ich/wir nehme(n) für die Erfüllung der ausgeschriebenen Leistungen die Leistungsfähigkeit und die Kapazitäten des nachfolgenden Unternehmens in Anspruch:

Nachunternehmer _____

Der Nachunternehmer erbringt im Falle der Beauftragung folgende Teilleistungen (kurze Erläuterung der fachlichen Aufgabenteilung und personellen Zuständigkeiten):

Zusätzlich nehme(n) ich/wir zum Nachweis der Erfüllung der Eignungskriterien

- ☐ keine Eignungsleihe
- ☐ Eignungsleihe bzgl. der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit
- ☐ Eignungsleihe bzgl. der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit

in Anspruch. Die o.g. Eignungsleihe wird durch folgende(s) Unternehmen gewährleistet:

(technische und berufliche Leistungsfähigkeit; Firmenbezeichnung und Ansprechpartner)

(wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit; Firmenbezeichnung und Ansprechpartner)

1.3 Verpflichtungserklärung zur Eignungsleihe

Ich/wir versichern als Eignungsleihe-Geber im Falle der Beauftragung die geliehenen Kapazitäten zur Verfügung zu stellen. In Bezug auf die technische und berufliche Leistungsfähigkeit werden wir die entsprechenden Kapazitäten und Leistungen dem Bewerber tatsächlich zur Verfügung stellen. In Bezug auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit werden wir für die vertragsgemäße Erfüllung des Auftrags haften; dies schließt auch eine gesamtschuldnerische Haftung mit ein.

Ort, Datum, Unterschrift des Eignungsleihegebers

2. Nichtvorliegen von Ausschlussgründen / Befähigung zur Berufsausübung

2.1 Nachweis der Mitgliedschaft in der Architekten- und Ingenieurkammer

Ein entsprechender Nachweis ist als Anhang _____ diesem Teilnahmeantrag beigelegt.

2.2 Nachweis der Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister

[Nur dann erforderlich, wenn das Unternehmen aufgrund seiner Rechtsform oder sonstiger rechtlicher Vorschriften dazu verpflichtet ist.]

Ein entsprechender Nachweis ist als Anhang _____ diesem Teilnahmeantrag beigelegt

2.3 Erklärung zum Nichtvorliegen von zwingenden Ausschlussgründen gem. § 123 GWB

Hiermit erkläre(n) ich/wir:

(bitte ankreuzen)

- ☐ es liegen keine zwingenden Ausschlussgründe gem. § 123 GWB vor.
- ☐ es liegen/lagen zwingende Ausschlussgründe gem. § 123 GWB vor; diese sind jedoch nach § 125 GWB geheilt.

Benennung des Ausschlussgrundes:

Benennung der Maßnahme zur Selbstreinigung:

§ 123 GWB Zwingende Ausschlussgründe

- (1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:
1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
10. den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

(2) Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

(3) Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

(4) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn

1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder
2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können.

Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

(5) Von einem Ausschluss nach Absatz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist. Von einem Ausschluss nach Absatz 4 Satz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre. § 125 bleibt unberührt.

2.4 Erklärung zum Nichtvorliegen von fakultativen Ausschlussgründen gem. § 124 GWB

Hiermit erkläre(n) ich/wir:

(bitte ankreuzen)

- ☐ es liegen keine fakultativen Ausschlussgründe gem. § 124 GWB vor.
- ☐ es liegen fakultative Ausschlussgründe gem. § 124 GWB vor, für die keine Maßnahmen zur Selbstreinigung gem. § 125 GWB ergriffen wurden.

Benennung des Ausschlussgrundes:

- ☐ es liegen/lagen fakultative Ausschlussgründe gem. § 124 GWB vor; diese sind jedoch nach § 125 GWB geheilt.

Benennung des Ausschlussgrundes:

Benennung der Maßnahme zur Selbstreinigung:

§ 124 GWB Fakultative Ausschlussgründe

(1) Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,
4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person

bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,

6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
9. das Unternehmen
 - a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder Anlage Eigenerklärungen,
 - c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

(2) § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes und § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes bleiben unberührt.

3. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

3.1 Nachweis des geforderten Berufshaftpflichtversicherungsschutzes

- ☐ Der Nachweis über einen bestehenden Versicherungsschutz ist als Anhang _____ dem Teilnahmeantrag beigelegt
- ☐ Eine schriftliche Zusage der Versicherung, im Falle der Beauftragung, den geforderten Versicherungsschutz mit dem Bewerber/Auftragnehmer abzuschließen, ist als Anhang _____ dem Teilnahmeantrag beigelegt

3.2 Unternehmensreferenzen über vergleichbare Leistungen

Hinweis: Beim Ausfüllen der Referenzblätter sind die Mindestanforderungen an die Referenzen nach Ziff. 7.5 der Verfahrensbedingungen zu beachten.

Referenznummer:	1
Projektbezeichnung:	
verantwortliche Projektleitung:	
Auftraggeber:	
Leistungsbild:	
anrechenbare Kosten:	
Honorarzone:	
Leistungsphasen durch den AN erbracht:	
Beschreibung des Leistungsumfangs:	
Leistungszeitraum:	
Ansprechpartner seitens des Auftraggebers:	

Weitere Angaben zur Referenz (max. 2x digitale DIN A3 Pläne + Erläuterungen) sind als Anlage _____ beigefügt.

Referenznummer:	2
Projektbezeichnung:	
verantwortliche Projektleitung:	
Auftraggeber:	
Leistungsbild:	
anrechenbare Kosten:	
Honorarzone:	
Leistungsphasen durch den AN erbracht:	
Beschreibung des Leistungsumfangs:	
Leistungszeitraum:	
Ansprechpartner seitens des Auftraggebers:	

Weitere Angaben zur Referenz (max. 2x digitale DIN A3 Pläne + Erläuterungen) sind als Anlage
_____ beigefügt.

Referenznummer:	3
Projektbezeichnung:	
verantwortliche Projektleitung:	
Auftraggeber:	
Leistungsbild:	
anrechenbare Kosten:	
Honorarzone:	
Leistungsphasen durch den AN erbracht:	
Beschreibung des Leistungsumfangs:	
Leistungszeitraum:	
Ansprechpartner seitens des Auftraggebers:	

Weitere Angaben zur Referenz (max. 2x digitale DIN A3 Pläne + Erläuterungen) sind als Anlage
_____ beigefügt.

4. Erklärung des Bieters

Für das unter Ziff. 1 Allgemeine Angaben zum Bieter genannte Unternehmen/die der Bietergemeinschaft zugehörigen Unternehmen erkläre(n) ich/wir, dass sämtliche in diesem Formular gemachten Angaben inhaltlich richtig und vollständig sind. Die geforderten Nachweise sind als Anhang diesem Antrag beigelegt.

Ort, Datum	Name der erklärenden, natürlichen Person für den Einzelbewerber
------------	---

alternativ

Ort, Datum	Name der erklärenden, natürlichen Person für das Unternehmen 1 der Bietergemeinschaft
------------	---

Ort, Datum	Name der erklärenden, natürlichen Person für das Unternehmen 2 der Bietergemeinschaft
------------	---

Ort, Datum	Name der erklärenden, natürlichen Person für das Unternehmen 3 der Bietergemeinschaft
------------	---